

STARTER.NETZ - Editorial No.10:

Das Konjunktur-Ergebnis: Ein Grund zur Panik?

Am Donnerstag war es wieder soweit, in ganz Deutschland blickten Politiker und Unternehmer gespannt auf die frisch veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes, wie sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland im zweiten Quartal entwickelt hat. Wie erwartet war das Ergebnis nicht erfreulich: Das Bruttoinlandsprodukt ist um 0,5 Prozent geschrumpft, zum ersten Mal seit 2004. Konjunkturbeobachter sagen, dass auch zukünftig eine deutliche Abschwächung zu erwarten sei. Für das kommende Jahr rechnet Bert Rürup (Vorsitzender des Rates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Lage) „etwa mit einer Halbierung der Zuwachsrate“. Eine Folge des Verlustes ist, dass die Industrie schon seit über einem halben Jahr mit sinkenden Auftragseingängen zu kämpfen hat und sich auch die Stimmung bei den ausländischen Handelspartnern der deutschen Exporteure verschlechtert.

Sollten wir uns Sorgen machen?

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers macht ganz den Eindruck, mit der Forderung nach einem „nationalen Anti-Rezessions-Programm“. Ökonomen wie Bert Rürup sind dagegen und sehen keine Notwendigkeit. Geht es wirklich um eine Stärkung der Wirtschaft oder wird das Thema genutzt um vor der Wahl beliebte Begriffe zu besetzen und sie mit der Partei in Verbindung zu bringen?

Jürgen Rüttgers betont, dass es sich nicht um ein Konjunkturprogramm handelt, da Deutschland nicht unmittelbar vor einer Rezession stehe. Ihm gehe es aber darum, eine Rezession zukünftig zu vermeiden. Und dafür müsse man sich frühzeitig einsetzen, nicht erst wenn der Abschwung voll eingetreten ist. Das Programm beinhaltet die fünf Punkte Steuervereinfachung, Energiepolitik, nationales Rohstoffkonzept, Finanzmärkte und Ingenieurmangel. Speziell sollen Vorsorgeaufwendungen, Kinderbetreuungskosten und die Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen vereinfacht steuerlich berücksichtigt werden. Steuerberaterkosten sollen wieder abzugsfähig sein, Spendenbescheinigungen vereinfacht werden. Außerdem ist er für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke. Angesichts steigender Rohstoffpreise verlangte er ein „nationales Rohstoffkonzept“. Um effektiv und schnell den Nachwuchs von Ingenieuren zu fördern, will er die Fachhochschulen stärker ausbauen. Schließlich steht noch auf der Liste ein neues Regelwerk für mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten.

All diese Punkte hört der Wähler sicher gerne und irgendeine Art von Reaktion wird von der Politik wohl auch erwartet, angesichts dieser düsteren Zahlen. Da lassen es sich die weiteren Teilnehmer auch nicht nehmen, in die Diskussion einzusteigen. Das CSU-geführte Wirtschaftsministerium dachte unter anderem laut über die Wiedereinführung der Pendlerpauschale und über eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen nach. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) brachte ein Ausgabenprogramm zur Stärkung der Energieeffizienz ins Gespräch. Der Sprecher von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wies beide Vorstöße aber umgehend zurück. Erst am Dienstag verlangte Handwerkspräsident Otto Kentzler dennoch, die „monetären Anreize für die Energie sparende Sanierung“ müssten „dauerhaft gesteigert werden“.

Die Ausgaben für Energieeffizienz und Bildung langfristig zu erhöhen, stößt bei vielen auf große Zustimmung, so auch bei Gustav Horn (Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung). Das stärke das langfristige Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft.

„Das klingt gut, bringt allgemein aber nichts“, sagt dagegen Stefan Homburg (Finanzwissenschaftler an der Universität Hannover) und findet das Programm nicht sinnvoll. Zunächst einmal wäre ein Konjunkturprogramm nur wirksam, wenn es zielgenau und befristet ist. Weiterhin werden Aspekte wie wandelnde Arbeitslosigkeit oder die ausschlaggebende internationale Wirtschaftsentwicklung überhaupt nicht berücksichtigt und nur ganz spezielle Branchen können profitieren.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Bevölkerung eine Äußerung zu den Ergebnissen hören will und speziell diese Themen besonders beliebt sind, ist es keine Überraschung, dass die Politiker sofort auf den Zug aufspringen. Den Experten nach zu urteilen, wäre ein Rezessionsprogramm sicherlich noch nicht nötig und es muss keine Panik verbreitet werden. Da jedoch die Umsetzung der Diskussionspunkte dem Land nicht schaden würden bzw. sogar positive Auswirkungen hätten, könnte die Bevölkerung ausnahmsweise recht neutral, ohne Protest oder Begeisterung, den Verlauf der Dinge beobachten.

Quellen: www.faz.de, www.sueddeutsche.de, www.waz.de

mwa